

30. September 2009  
Pressemitteilung von Dr. Martina Bunge

## **Schwarz-Gelb lässt für die Gesundheit nichts Gutes erwarten**

*„Die schwarz-gelbe Regierung lässt für das Gesundheitssystem nichts Gutes erwarten. Das Gesundheitssystem droht zum Spielfeld für Profitinteressen zu verkommen. Gewinner werden vor allem die Pharmaindustrie und kommerz-orientierte Leistungserbringer sein. Zu den Verlierern zählen ganz sicher die Mehrzahl der Patientinnen und Patienten, aber auch das Pflegepersonal in Praxen und Kliniken.“* gibt Dr. Martina Bunge, Vorsitzende des Gesundheitsausschusses und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Bundestagswahl zu bedenken. Dazu teilt sie weiter mit:

„Es bedarf keiner prophetischen Veranlagungen, um die kommende Entwicklung zu erkennen. Allein die Analyse der Vorhaben der künftig Regierenden führt zu diesem Schluss. Die Union ist nicht nur wegen Unstimmigkeiten zwischen CDU und CSU de facto ohne Aussagen zur Gesundheitspolitik in den Wahlkampf gegangen. Ursache war das Desaster, das bei der Wahl 2005 aus dem Vorschlag zur unsozialen Kopfpauschale folgte. Aber diese Gedanken sind nicht weg. Sie fallen auf fruchtbaren Boden, denn die FDP hat mit umfangreichen Versprechen zu einer weitreichenden Privatisierung der Gesundheitsrisiken hohe Erwartungen bei vielen Akteuren im Gesundheitssystem geweckt. Sie würde völlig unglaubwürdig, wenn sie nicht in diese Richtung mit dem Koalitionspartner verhandelte. Das Kanzlerinnen-Wort, dass es keine sozialen Einschnitte gebe, wird da schnell verfliegen.

Besonders die sozial benachteiligten und kranken Menschen werden durch die Gesundheitspolitik dieser Regierung noch mehr unter die Räder kommen, die Zwei-Klassen-Medizin weiter um sich greifen. Die Rufe der reicheren Bundesländer, wie Bayern und Baden-Württemberg nach mehr Eigenverantwortung – was heißt, mehr Geld behalten zu wollen -, werden sicher erhört, wodurch Regionen, die ärmer sind, die mehr kränkere Menschen haben, wie Mecklenburg-Vorpommern, der Versorgungsnotstand droht.

Gesundheitsförderung und Prävention drohen gänzlich an Bedeutung zu verlieren, ein Präventionsgesetz erscheint nun aussichtslos. Zukunftsfähige moderne Strukturen der gesundheitlichen Versorgung und nachhaltige, gerechte Finanzierungsmodelle rücken in weite Ferne.

Die Bedrohungen des Gesundheitssystems machen ein breites Bündnis aller sozialen inner- und außerparlamentarischen Kräfte notwendig. Die Fraktion DIE LINKE wird sich intensiv für eine Vernetzung der sozialen gesundheitsfördernden Kräfte einsetzen und den Widerstand gegen eine unsoziale Gesundheitspolitik voranbringen. Schwarz-Gelb erfordert es, dass all diejenigen zusammenrücken, denen wirklich etwas an der Gesundheit aller Bürgerinnen und Bürger in diesem Land gelegen ist.“